

Antragssteller*in: Jusos Dithmarschen

Bargeld ist Freiheit und Kleinsparendenschutz

Die Landeskonferenz der Jusos Schleswig-Holstein möge beschließen:

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich gegen eine Bargeldobergrenze für den Kauf von Waren, gegen eine Abschaffung des 500-Euro-Scheines sowie Abschaffung des Bargeldes generell einzusetzen.

Begründung:

Die derzeit diskutierten Maßnahmen sollen der Erschwerung der organisierten und der üblichen Kriminalität dienen, würden aber lediglich das Leben von Normalbürger*innen unzulässig einschränken und erschweren.

Schließlich können Kriminelle Alternativen wie andere (virtuelle) Währungen, Waren oder wertbeständige Rohstoffe wie Gold zurückgreifen.

Ohne Bargeld sind alle Zahlungen und Transaktionen transparent und nachvollziehbar. Potenziell stehen damit dem Staat und Geheimdiensten und Unternehmen alle Türen offen um zu sehen was mensch wann und wo gekauft hat.

Schließlich wäre mensch angewiesen auf ein Bankensystem, welches in ökonomischen Krisenzeiten Krisenkosten via Strafzinsen auf die normale Bevölkerung umlegen kann.

Hier gilt für uns wir müssen eine Politik betreiben, welche Investitionen und wirtschaftliche Entwicklungen begünstigt und nicht eine Symbolpolitik die Kleinsparer zur Krisenbewältigung heranzieht.